

Presseinformation 110/2012 der Bezirksregierung Köln

Standpunkte und Argumente ausgetauscht Kein Konsens im Moderationsverfahren

Köln 19.12.2012 - Heute fand bei der Bezirksregierung Köln ein Moderationsverfahren zu der von den Kommunen Aldenhoven und Linnich geplanten gemeinsamen Gründung einer Gesamtschule statt, das im Ergebnis ohne einen Konsens endete. Beide Kommunen planen eine Gesamtschule in horizontaler Teilung. Die Klassen 5 und 6 sollen an beiden Standorten geführt werden. Dies ist von beiden Kommunen hilfsweise beantragt worden.

Das Verfahren unter Leitung der Bezirksregierung Köln war von den die Gesamtschulerrichtung planenden Kommunen und von den beteiligten benachbarten Kommunen beantragt worden. Diese sehen sich durch die beabsichtigte Gesamtschulerrichtung in eigenen Rechten verletzt und fürchten um den Bestand eigener Schulen. Bei solchen Konstellationen sieht § 80 Absatz 2 Schulgesetz NRW vor, dass ein Moderationsverfahren durchgeführt werden muss.

Ziel des Moderationsverfahrens war, eine einvernehmliche Abstimmung zwischen den beteiligten Städten und Gemeinden zu erreichen. Die Rolle der Bezirksregierung ist in einem solchen Verfahren rein moderierend. Sie darf keine eigene rechtliche Stellungnahme oder ein Präjudiz zum Verfahren abgeben.

Die Bezirksregierung Köln hat heute erneut ihre Bereitschaft signalisiert das Moderationsverfahren fortzusetzen. Darüber hinaus wurde von der Bezirksregierung Köln signalisiert, dass für den Fall, dass die antragstellenden Kommunen das Verfahren derzeit nicht weiter verfolgen und nochmals in einen Dialog mit den Nachbarkommunen eintreten wollen, im kommenden Jahr keine weiterführende Schule in Aldenhoven und Linnich geschlossen wird.

Sollte das Verfahren nicht fortgesetzt werden, wird die Bezirksregierung Köln als schulaufsichtliche Genehmigungsbehörde die vorgebrachten Einwendungen rechtlich prüfen und über die Erteilung einer Genehmigung entscheiden. Eine Entscheidung wird im Interesse der Eltern sowie der Schülerinnen und Schüler im Januar 2013 rechtzeitig vor Beginn der Anmeldeverfahren für die weiterführenden Schulen getroffen.

Nicht Gegenstand des heutigen Moderationsverfahrens war der von beiden Räten gefasste Hauptantrag zur Gründung einer vertikal gegliederten Gesamtschule mit 6 Zügen. Die Bezirksregierung Köln hatte den Beteiligten bereits mitgeteilt, dass sie hierfür keine Genehmigung erteilen wird.

Neben den Bürgermeistern der Gemeinden Aldenhoven und Linnich nahmen weitere Bürgermeister und Vertreter von Schulträgern aus Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Jülich, Langerwehe, Niederzier, Merzenich, Titz sowie der Landrat des Kreises Düren und Vertreter der privaten Schulträger Haus Overbach und des Mädchengymnasiums Jülich teil.